

Felix Meier soll unverzüglich seines Amtes als enthoben werden

**SCHÖNENBERG Zwei Mitglieder des Gemeinderates
Schönenberg verlangen die Amtsenthebung von Felix Meier.
Er richte in der Gemeinde grossen Schaden an.**

Seit den Erneuerungswahlen 2014 scheint der Gemeinderat Schönenberg blockiert. Immer wieder muss die Aufsichtsbehörde, der Bezirksrat Horgen, eingreifen. Nun holen die beiden Schönenberger Gemeinderatsmitglieder Brigitte Käser Hägin (parteilos) und Ulrich Bauer (FDP) zum Befreiungsschlag aus. Sie beantragen die Amtsenthebung ihres Ratskollegen Felix Meier (parteilos). Ihren Antrag reichten sie unabhängig voneinander ein, um ihm mehr Gewicht zu verleihen. Gleichzeitig reichten sie je eine Aufsichtsbeschwerde ein.

Sie fordern, dass Felix Meier mit sofortiger Wirkung seines Amtes zu entheben sei. Dies sei nötig, damit der Gemeinderat wieder einen geordneten Betrieb herstellen könne. Sie werfen Meier vor, er richte grossen Schaden an. Der Ruf der Gemeinde sei seinetwegen schwer ramponiert. Er blockiere wichtige Geschäfte und versuche, Aufträge des Stimmvolkes abzuwürgen. Seine Machenschaften kosteten die Steuerzahler viel Geld.

Das Grundproblem sei, dass Felix Meier den Auftrag des Stimmvolkes torpediere. Der Gemeinderat sei mit einem klaren Resultat zuerst in einer Umfrage, dann an der Urne mit Fusionsverhandlungen beauftragt worden. «Man kann für oder gegen die Fusion sein», sagt Brigitte Käser Hägin. Es gehe aber nicht an, den Volkswillen zu missachten und die Verhandlungen abzuwürgen. Ulrich Bauer fügt dem bei, er erachte dieses Vorgehen als Verstoß gegen die in der Bundesverfassung garantierten Rechte des Stimmvolkes.

Meier als Anführer

Blockiert sei der Gemeinderat aber auch in anderen Fragen. Entscheide des früheren Gemeinderates, die Felix Meier nicht passten, seien einfach umgestossen worden, abgehandelte Themen kämen immer wieder auf den Tisch. «Wir drehen uns im Kreis, für wichtige Aufgaben bleibt keine Zeit», sagt Brigitte Käser Hägin.

Der Antrag auf Amtsenthebung richtet sich nur gegen Felix Meier, nicht aber gegen die drei Verbündeten, ohne die er keine Mehrheit im Gemeinderat hätte.

«Das ist nicht persönliche Feindschaft, es geht um die Sache», begründet Brigitte Käser Hägin. Es sei für sie aber klar, dass Felix Meier der Anführer des Vierergergespanns sei.

Unfähig oder unwürdig

Damit ein Mitglied einer Exekutivbehörde seines Amtes enthoben werden kann, müssen laut Gesetz schwerwiegende Gründe vorliegen. Die Person muss eine Unordnung in der Amtsführung haben, unfähig oder des Amtes unwürdig sein. Eine Amtsenthebung aus diesen administrativen oder aus disziplinarischen Gründen ist erst angezeigt, wenn mildere Massnahmen wie Mahnungen an das Kollegialitätsprinzip und Anordnungen des Bezirksrates nichts brachten, erklärt Bezirksratspräsident Armin Steinmann.

Kommt es so weit, klärt die Aufsichtsbehörde, ob ein Amts-

«Die Vorfälle haben sich angehäuft. Es war zu viel. So können wir nicht weiterarbeiten.»

Brigitte Käser Hägin

enthebungsverfahren aus administrativen oder disziplinarischen Gründen geführt wird, erklärt Armin Steinmann. Ein Gemeinderat kann aus verschiedenen Gründen entlassen werden, wenn er beispielsweise gezielt Fehler macht, etwa die Rechnung unsauber führt, oder Abläufe und Kompetenzregelungen nicht einhält. Liegt ein Straftatbestand vor, stellt der Bezirksrat das Gemeinderatsmitglied unverzüglich im Amt ein, sobald das Ober-

gericht die dazu notwendige Ermächtigung für die Strafuntersuchung erteilt hat. Die Hürden für eine Amtsenthebung sind hoch. Das letzte Mal wurde einem Mitglied einer Gemeindebehörde das Amt vor 60 Jahren entzogen. «Es gibt deshalb keine Praxis», sagt Steinmann.

Brigitte Käser Hägin und Ulrich Bauer haben ihren Antrag beim Bezirksrat Horgen eingereicht. «Wir haben von Amtes wegen geprüft, ob für uns eine Ausstandspflicht besteht», sagt Armin Steinmann. Der Bezirksrat sei zum Schluss gekommen, dass zumindest der Anschein einer Befangenheit vorhanden sein könnte. Dies, weil sich die Behörde schon seit vielen Jahren mit dem Gemeinderat Schönenberg und im Speziellen mit Felix Meier zu befassen habe.

Regierungsrat weist zu

Der Bezirksrat hat dem Regierungsrat deshalb ein Ausstandsbegehren gestellt. Dieser wird nun den Antrag auf Amtsenthebung von Felix Meier entweder einer seiner Direktionen, einer anderen Bezirksbehörde oder doch dem Bezirksrat Horgen zur Bearbeitung zuweisen. Dieser Entscheid steht noch aus, wie Benjamin Tommer, Kommunikationsbeauftragter der Direktion für Justiz und Inneres, sagt.

Ulrich Bauer wirft Felix Meier vor, mehrfach gegen das Gemeindegesetz verstossen zu haben. Das Amtsgeheimnis verhindere jedoch, dass er Meiers Machenschaften öffentlich machen könne. «Das ist eine sehr schwierige Situation», sagt er. «Seit den Erneuerungswahlen im März 2014 haben sich viele Vorfälle angehäuft», ergänzt Brigitte Käser Hägin. «Es war einfach zu viel.» Sie könne so nicht weiterarbeiten.

Rascher Entscheid gewünscht

Gemeindepräsident Lukas Matt (FDP) hat keinen Antrag auf Amtsenthebung eingereicht. Er könne den Schritt von Brigitte Käser Hägin und Ulrich Bauer aufgrund der Belastung im Gemeinderat und der Vorgeschichte nachvollziehen, sagt er. Der Gemeinderat arbeite seit zwei Jahren unter widrigsten Umständen. Er hoffe nun, dass die zu urteilende Instanz die Zeichen der Zeit erkenne und rasch zu einem Entscheid komme. Felix Meier war für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Daniela Haag



WAS BISHER GESCHAH

Fragwürdige Entlassungen und eigenmächtiges Vorgehen

Seit dem Amtsantritt von Felix Meier gerät der Gemeinderat Schönenberg regelmässig in die Negativ-Schlagzeilen. Was bekannt wurde, dürfte nur die Spitze des Eisbergs sein.

Felix Meier, der ehemalige Bankkadermann und Oberst im Militär, ist am 30. April 2014 überraschend in den Gemeinderat Schönenberg gewählt worden. Überraschend, weil er schon zuvor Einfluss auf das Geschehen in Schönenberg nahm. Sein eigensinniges Vorgehen war umstritten. Der neu gewählte Gemeinderat traf schon bald Entscheide, die viele in der Bevölkerung verärgerten.

- Der neu gewählte Gemeinderat kippte im Juli 2014 den vom Vorgängergremium angesetzten Urnengang über die Zukunft Schönenbergs. Eine Abstimmung gab es dennoch, weil ein Komitee eine Initiative lancierte. Das Stimmvolk beauftragte den Gemeinderat, unverzüglich Fusionsverhandlungen mit Wädenswil aufzunehmen.
- Felix Meier und seine drei Mitsstreiter im Gemeinderat forderten 2014 die Entlassung des damaligen Gemeindegemeinschafters Mark Meier. Mark Meier hatte seine Stelle am 1. April 2012 angetreten, als Schönenberg bereits in einer unruhigen Phase steckt. Obwohl der Bezirksrat

später attestierte, dass es dank dem neuen Gemeindegemeinschafters Mark Meier und dem damaligen Gemeindegemeinschafters Willi Schilling erkennbare Fortschritte gab, kam es zur Trennung. Mark Meier verliess die Gemeinde im Januar 2015 und erhielt eine Abfindung von rund 14 Monatslöhnen. In den gleichen Zeitraum fiel die ungerichtlich kündigte Kündigung einer Sachbearbeiterin Hoch- und Tiefbau noch während der Probezeit.

- Nach einer monatelangen Untersuchung mahnte der Bezirksrat Horgen im Februar 2015 Felix Meier und seine drei Gefolgsleute ab. Das Quartett

blockiere eine konstruktive und zielorientierte Arbeit, trage Machtkämpfe aus und verursache hohe Kosten, lauteten die Vorwürfe. Der Bezirksrat drohte Felix Meier mit der Amtsenthebung, sollte er sich nicht an gesetzliche Bestimmungen halten. Beispielsweise verhandelte Meier unbefugt mit Dritten oder boxte widerrechtlich eine falsche Verbuchung eines Nachtragskredits durch.

- Gegen die Abmahnung rekurrierten die vier Gemeinderäte. Ihre Anwaltskosten wollten sie durch die Gemeinde bezahlen lassen. Weil sie bei der Abstimmung trotz Befangenheit nicht in den Ausstand traten, hob der

Bezirksrat die Beschlüsse wieder auf. Nun müssen sie für die total 38 000 Franken privat aufkommen.

- Im März liessen Meier und seine Gefolgschaft äusserst kurzfristig eine Sitzung platzen. Der Verdacht drängt sich auf, dass sie dies taten, weil sie wegen einer Ferienabwesenheit nicht mehr in der Mehrheit waren. Traktandiert war nämlich die Bewilligung von Krediten für eine Beraterfirma im Zusammenhang mit den Fusionsverhandlungen. In der Woche darauf lehnte das vollzählige Gremium das Geld für bereits erbrachte und künftige Leistungen ab. dh

«Es gibt kei

Der Bezirksrat Horgen kennt die Vorgänge in Schönenberg bestens. Beim Verfahren über die Amtsenthebung tritt er aber in den Ausstand.

Gibt der Bezirksrat die heisse Kartoffel weiter?

Armin Steinmann: Nein, der Bezirksrat hätte gerne entschieden. Das Gesetz schreibt aber vor, dass Personen, die Anordnungen treffen, in den Ausstand treten müssen, wenn sie in der Sache persönlich befangen erscheinen. Insbesondere, wenn sie für eine Partei in der gleichen Sache schon tätig waren.

Es genügt also schon der Anschein einer Befangenheit?

Ja. Der Bezirksrat befasst sich schon seit vielen Jahren mit dem Gemeinderat Schönenberg und insbesondere mit Felix Meier. Von

Gemeinderat



ne Praxis»

aussen gesehen könnte man deshalb Befangenheit vorwerfen, zumal Felix Meier schon wiederholt zurechtgewiesen werden musste. **Und jetzt haben Sie eine vorgefasste Meinung?**

Nein, der Bezirksrat Horgen würde sich zutrauen, einen unabhängigen Entscheid zu treffen. Er möchte aber das Verfahren unterstützen und keine Zusatzschleife provozieren. Es ist nicht auszuschliessen, dass Felix Meier eine Befangenheit des Bezirsrates beanstanden würde. Zumal er diesen Vorwurf schon zweimal gegen den Präsidenten, also mich, erhoben hat. Allerdings wurden seine Begehren von den übergeordneten Instanzen nie gutgeheissen. **Ist der Bezirksrat nicht mehr Aufsichtsorgan von Schönenberg?**

Der Ausstand betrifft nur das Amtsenthebungsverfahren. Für



Präsident des Bezirsrats
Armin Steinmann.
André Springer

alle anderen Fälle, insbesondere auch für die Aufsicht, sind wir weiterhin zuständig.

Was bedeutet das Verfahren für Gemeinderat Felix Meier?

Die Untersuchung hat keine unterbrechende Wirkung, ausser es würde eine sofortige Einstellung im Amt entschieden. Sonst verliert er das Amt erst, wenn ein solcher Entscheid gefällt wird. Die beiden Antragsteller fordern zudem, dass einem allfälligen Rekurs die aufschiebende Wirkung entzogen wird. Er wäre dann sofort nicht mehr im Gemeinderat.

Wieso ist der Bezirksrat nicht schon früher eingeschritten? Die Vorgänge in Schönenberg sind schon lange bekannt.

Es gibt keine Praxis. Das letzte Mal ist im Kanton Zürich vor 60 Jahren ein Exekutivmitglied einer Gemeindebehörde des Amtes enthen worden. Es tun sich deshalb alle schwer. Zudem müssen zuerst mildere Massnahmen getroffen werden. Erst wenn Mahnungen und Anordnungen nichts bewirken, ist eine Amtsenthebung aus administrativen oder aus disziplinarischen Gründen möglich. **Wieso wird eine Amtsenthebung nur von Meier geprüft und nicht auch von den drei Mitstreitern?** Man muss der Frage, inwieweit sie mitwirkten, sicher nachgehen. Eventuell wird das Verfahren ausgeweitet.

Interview: Daniela Haag

Sanierung erschwert Zufahrt zur Autobahn

RÜSCHLIKON Ab nächstem Montag bis Ende August ist die Eggstrasse halbseitig wegen Sanierungsarbeiten gesperrt. Der Verkehr in Richtung Autobahn wird umgeleitet.

Das kantonale Tiefbauamt lässt die Eggstrasse in Rüschlikon auf einer Länge von rund 700 Metern sanieren. Betroffen ist der Abschnitt zwischen dem Autobahnanschluss und dem Kreisel, bei welchem die Feldimoos-, Wacht- und Eggstrasse aufeinandertreffen. Wie das kantonale Tiefbauamt in einer Mitteilung schreibt, werden der Fahrbahnbelag, die Randsteine sowie Teile der Entwässerung und des Trottoirs erneuert. Für diese Arbeiten wird die Eggstrasse vom nächsten Montagmorgen bis voraussichtlich Ende August halbseitig gesperrt.

Umleitung durch Quartierstrasse

Für die Verkehrsteilnehmer bedeutet dies, dass sie die Strecke während der gesamten Bauzeit nur in Richtung Kilchberg/Adliswil befahren können. Um auf die Autobahn oder in Richtung Thalwil zu gelangen, muss man hingegen einen Umweg in Kauf nehmen. Dies via Nidelbadstrasse und Langhaldenstrasse, welche zwischen Friedhof und Park im Grüene hin zum Autobahnanschluss verläuft. «Die Langhaldenstrasse darf wegen ihrer schmalen Fahrbahnbreite während der rund dreimonatigen Umleitung nur bergwärts als Einbahnstrasse befahren werden»,

Für den Einbau der Deckschicht wird die Eggstrasse im August während fünf Tagen komplett gesperrt.

erklärt Thomas Maag, Sprecher der kantonalen Baudirektion.

Die Arbeiten auf der Eggstrasse werden nur tagsüber unter der Woche ausgeführt. Sollte es im Sanierungsprojekt zu Verzögerungen kommen, zum Beispiel wegen schlechten Wetters, könnten die Arbeiten laut Maag ausnahmsweise auch am Abend oder am Wochenende stattfinden.

Auch Buslinien sind betroffen

Abgesehen von den Lärmemissionen hat die Strassensanierung für die Anwohner kaum Auswirkungen: Die Zu- und Wegfahrt sei mit wenigen Ausnahmen jederzeit möglich, so Maag. Für den abschliessenden Einbau der Deckschicht wird die Eggstrasse im August allerdings während rund fünf Tagen komplett gesperrt. Dies voraussichtlich ab Donnerstag, 11. August.

Von den Bauarbeiten sind auch die beiden Buslinien 156 und 165 betroffen. Sie fahren die Bushaltestellen Loorain, Eggrain und Moosstrasse während der gesamten Bauzeit nur in Fahrtrichtung Kilchberg/Adliswil an.

Das Sanierungsprojekt kostet den Kanton knapp 1,6 Millionen Franken. Es ist dies die erste umfassende Erneuerung der Eggstrasse seit dem Jahr 1988. «Ein Belag hält rund 20 bis 30 Jahre und muss dann zwangsläufig ersetzt werden», sagt Thomas Maag. Dies sei bei der Eggstrasse, auf der täglich rund 10 000 Fahrzeuge verkehren, nun der Fall.

Markus Hausmann

Ernst Stocker Gast bei SVP

WÄDENSWIL Zum Auftakt der Generalversammlung der SVP Wädenswil referierte Regierungsrat und Finanzdirektor Ernst Stocker zum Thema Kantonsfinanzen.

Einleitend zu seinem Referat über die Kantonsfinanzen nannte Regierungsrat Ernst Stocker (SVP) einige Fakten. So stellt der Kanton Zürich 18 Prozent der Landesbevölkerung, 22 Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden hier erwirtschaftet, wo auch ein Viertel der schweizweit bedeutendsten Firmen ansässig ist. Trotz dieser Dynamik sei Sparen angesagt, sagte Stocker laut Medienmitteilung der SVP. Im Vorschlag 2016 sei zwar noch eine schwarze Null budgetiert, mittel-

fristig sei allerdings mit Defiziten zu rechnen. Deshalb habe der Kanton ein Sparpaket geschnürt, betroffen seien unter anderem der öffentliche Verkehr, die Bildung und das Gesundheitswesen.

Stimmfreigabe bei der Fortpflanzungsmedizin

Im Anschluss führte Parteipräsidentin Christina Zurfluh zügig durch die statutarischen Geschäfte. Höhepunkte aus ihrem Jahresbericht sind der Empfang von Ernst Stocker als Regierungspräsident sowie die Wahl von Erich Schärer zum Gemeinderatspräsidenten. Da in der Parteileitung keine Mutationen zu verzeichnen waren, ging auch deren Bestätigung rasch vonstatten. Bei den eidgenössischen Abstim-

mungsvorlagen sagt die SVP Ja zur Änderung des Asylgesetzes und zur Milchkuhinitiative und Nein zu den Volksinitiativen «Pro Service public» und «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen».

Zur Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes beschliesst sie Stimmfreigabe. Zu reden gab die kantonale Vorlage zur Frage, ob die Mitglieder der Bezirksgerichte inskünftig ein Jurastudium absolviert haben müssen. Letztlich wurde jedoch die Nein-Parole gefasst mit der Begründung, Fachwissen sei noch kein Garant für einen guten Richter; vielmehr brauche es auch Bodenhaftung, gesunden Menschenverstand und Einfühlungsvermögen. *zsz*

Diskussion über Einkommen

WÄDENSWIL Kürzlich fand in Wädenswil eine öffentliche Veranstaltung mit Oswald Sigg zur Initiative «Bedingungsloses Grundeinkommen» statt, organisiert von der SP Wädenswil. Der Referent wies darauf hin, dass heute 50 Prozent der Arbeit nicht bezahlt wird und dass im Hinblick auf die digitale Revolution die Zahl der Arbeitsplätze abnehmen wird. Die Gesellschaft und Wirtschaft seien einer grossen Umbruchphase, auf welche auch die Sozialwerke mit neuen Ideen reagieren sollten. Die Initiative stelle das heutige System auf den Kopf, führte Sigg aus. Dies verunsichere zwar viele Leute. Es genüge aber nicht, wie bisher, an IV, AHV oder Ergänzungsleistungen Korrekturen anzubringen. Es sei

ein radikaler Denkansatz nötig. Das Grundeinkommen sichere allen eine minimale Existenzsicherung zu, auch Personen, die in der zukünftigen Wirtschaft keinen Platz fänden, führt die SP in ihrer Mitteilung aus.

Offene Fragen

Das bedingungslose Grundeinkommen wurde selbst am WEF eingehend diskutiert und ist in anderen europäischen Ländern ein Thema. Bezüglich Umsetzung und Ausführung gibt es noch einige offene Fragen. Ideen und praktikable Möglichkeiten seien aber vorhanden. So könnte das Vorhaben durch die Erhebung einer neuen automatischen Mikrosteuer auf dem Gesamtzahlungsverkehr finanziert werden. *zsz*

Auswirkung der Kürzungen

WÄDENSWIL Seit der Pressekonferenz des Regierungsrates Mitte April seien die Grundzüge der «Leistungsüberprüfung 2016» bekannt, schreibt SP-Gemeinderat Christian Gross in einer Interpellation an den Stadtrat. Nebst neuen Einnahmequellen und drastischen Kürzungen würden diverse Beträge neu den Gemeinden belastet. Er will vom Stadtrat wissen, wie gross die finanziellen Auswirkungen für Wädenswil seien und wo Mehrkosten anfallen. Auch will er wissen, wie der Stadtrat plant, die Mehrausgaben zu kompensieren und wie hoch die zu Mehreinnahmen durch die Begrenzung des Pendlerabzuges sind. *zsz*